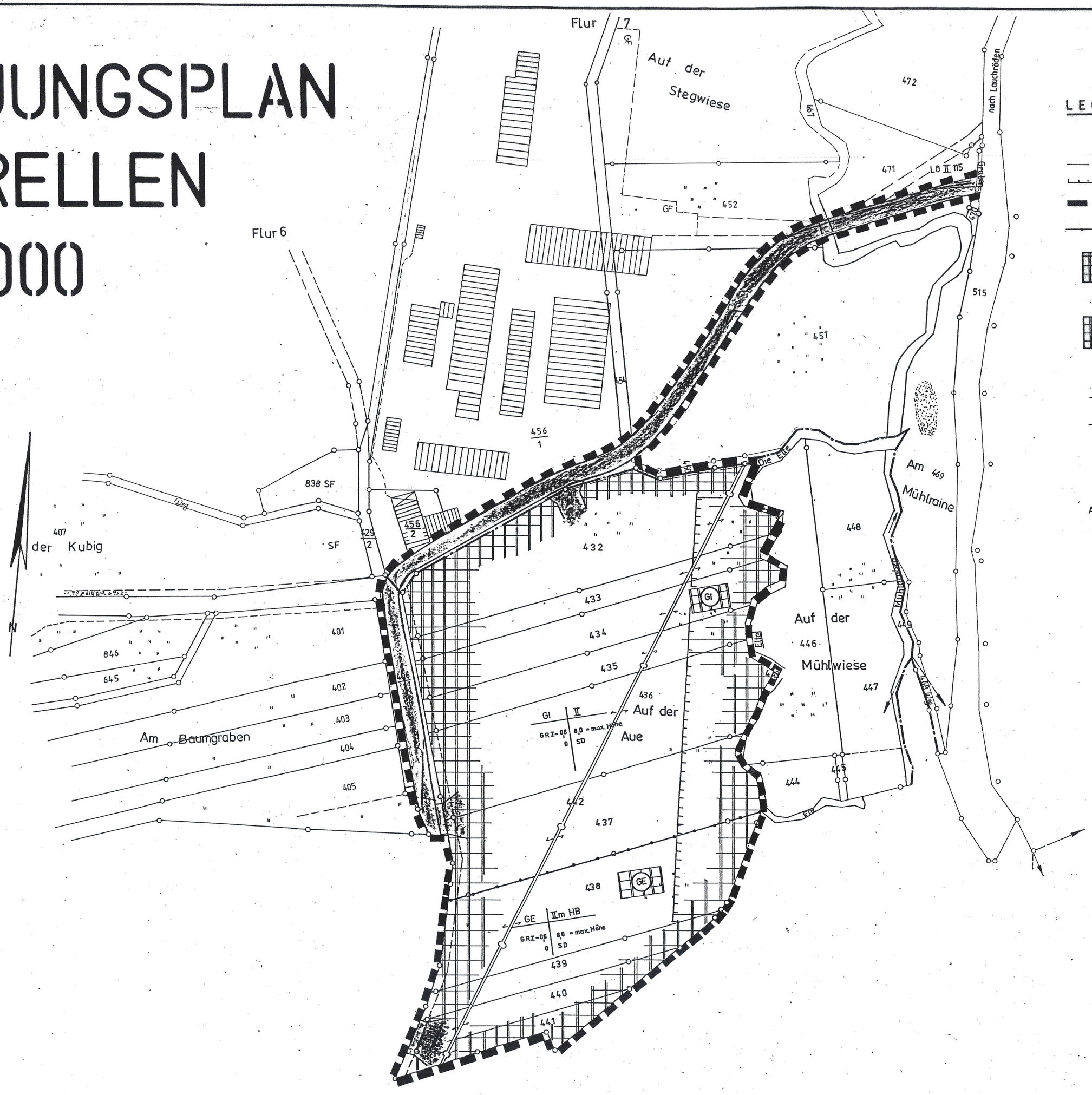
BEBAUUNGSPLAN UNTERELLEN

M 1:1000

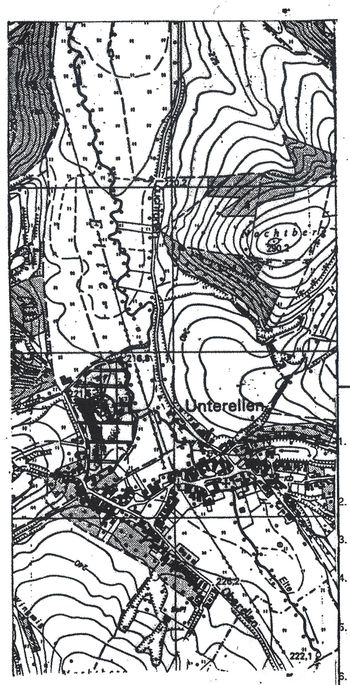


LEGENDE

- Baugrenze
- Flächen zum Schutz u. Pflege von Natur u.L.
- Geltungsbereich des Bebauungsplanes
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- GE — Gewerbegebiet
- GI — Gewerbe - Industriegebiet

GE | II — Art der baul. Nutzung; Anzahl der Vollgeschosse
08 | 80 — Max. Höhe; Grundflächenzahl
0 | SD — Satteldachform; Offene Bebauung

Amtliche Festsetzung im Satzungsbeschluß formuliert



Rechtsgrundlagen zum Bebauungsplan

1. Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 08. 12. 1986 (BGBl. I S. 2253) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Einigungsvertragsgesetzes vom 23. 09. 1990 (BGBl. II S. 885), insbesondere die §§ 1, 2, 3, 4, 8, 9 (4) bis 12, 30, 33, 125, 172 und 246 a) (1) Nr. 4
2. Baunutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. 01. 1990 (BGBl. I S. 132), insbesondere die §§ 1 bis 23
3. Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18. 12. 1990 (BGBl. I 1991 S. 58), insbesondere die §§ 1 bis 3 sowie DIN 18003
4. Gesetz über die Bauordnung vom 20. 07. 1990 (GBl. I Nr. 50 S. 929) i. V. m. dem Gesetz zur Einführung des Gesetzes vom 20. 07. 1990 über die Bauordnung vom 20. 07. 1990 (GBl. I Nr. 50 S. 950)
5. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. 03. 1974 (BGBl. I 721), zuletzt geändert durch Art. 5 und 3 Zuständigkeitsanpassungs VO vom 26. 11. 1986 (BGBl. I S. 2089, insbesondere der § 50) .
6. Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR (Kommunalverfassung) vom 17. 05. 1990 (GBl. I Nr. 28 S. 255)

Es wird bescheinigt, daß die Flurstücke mit ihren Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster nach dem Stand vom 10.10.1992 übereinstimmen.

Eisenach, den 14.10.1992

Katasteramt

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umlegung/Grenzregelung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB erhoben

_____, den _____

Katasteramt

Der Stadt-/Gemeinderat hat am _____ gem. §·2 (1) BauGB die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Am _____ wurde dieser Bebauungsplanentwurf gebilligt und seine Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen, nachdem gem. § 4 BauGB die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und die Behörden und Stellen, die von der Planung berührt werden bei der Planaufstellung beteiligt worden sind, sowie gem. § 3 (1) BauGB den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wurde.

_____, den _____

Oberbürgermeister/Bürgermeister

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom _____ bis _____ zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am _____ mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.

_____, den _____

Oberbürgermeister/Bürgermeister

Der Stadt-/Gemeinderat _____ hat am _____ den Bebauungsplan gem. § 5 des Gesetzes über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise und gem. § 10 BauGB einschließlich der blau eingetragenen Änderungen als Satzung

BESCHLOSSEN

_____, den _____

Oberbürgermeister/Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan einschließlich der Textfestsetzung ist gem. § 246a (1) Nr. 4 BauGB durch Verfügung der Höheren Bauaufsichtsbehörde

Az.: _____

GENEHMIGT

_____, den _____

Im Auftrag:

AUSFERTIGUNG

Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplans mit dem Willen des Gemeinde-/Stadtrates sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans werden bekundet.

_____, den _____

Oberbürgermeister/Bürgermeister

Die Genehmigungsverfügung der Höheren Bauaufsichtsbehörde vom _____ ist am _____ gem. § 12 BauGB ortsüblich bekanntgemacht worden mit dem Hinweis, daß der Bebauungsplan während der Dienststunden _____ von jedermann eingesehen werden kann.

Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan

RECHTSVERBINDLICH

_____, den _____

Oberbürgermeister/Bürgermeister